

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 5 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer

Nr. 114

Donnerstag, den 27. September 1923

Postkammeramt
Frankfurt (Main) 10114

17. Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 413.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich mit Bezug auf meine Verfügung vom 18. Juli 1904 — 1.2808 — sofort mit der Aufstellung der Anzeigerblätter für die gewerblichen Anlagen, beginnend mit dem 1. Oktober d. J., die Blätter zu beginnen und sie mit dem 1. Oktober d. J. hierher einzureichen. Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, daß gemäß der oben erwähnten Verfügung gleichzeitig die Zahl der vorhandenen gewerblichen Anlagen und Betriebsstätten anzugeben ist.

Wiesbaden, den 20. September 1923.
Der Landrat.
J. B. Rigel.

Nr. 414.

Die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich hiermit auf die im Verwaltungsblatt Nr. 33 unter Ziffer 582 abgeordnete diebstahlpolltechnische Anordnung vom 3. Mai 1923 zur Beachtung hin.

Wiesbaden, den 19. September 1923.
Der Landrat.
J. B. Rigel.

Nr. 415.

Kartenbroschpreis.
Nach Bekanntgabe der Reichsgeldstelle schlagen die Preise für die Lieferung von Brotscheiben an die Kommunalverbände zur rationierten Nahrungsmittelversorgung ab 1. Oktober d. J. ganz erheblich, etwa um das Sechsfache gegen den bisherigen Preis, an.

Ab Montag, den 1. Oktober d. J., ist deshalb mit einem ganz erheblichen Anstieg des Kartenbroschpreises zu rechnen. Der bestimmte Preis wird den Gemeinden nach näher bekannt gegeben, sobald für diese Woche die Verhandlungen über die Brotscheibenpreise abgeschlossen sind.

Den Wählern in Hochheim und die Gemeindevorstände der Landgemeinden ersuche ich um sofortigen Hinweis in der Gemeinde.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Rigel.

Nr. 11. Kornst. 1325. J. B. Rigel.

Nichtamtlicher Teil.

Der erste Schritt zum Frieden.

Berlin, 24. September. Heute mittig begannen in der Reichskanzlei die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete. An der Besprechung nahmen sämtliche Reichs- und Landesregierungen sowie die Regierungspräsidenten des Rheinlandes und Ruhrgebiets, außerdem die Vertreter der Gewerkschaften, der Bauern, sowie die Vertreter der wichtigsten Berufsgruppen und Stände (Ärzte) teil. Nach Abschluß der Konferenz tritt das Reichskabinett noch heute zu einer Sitzung zusammen, um auf Grund der vorliegenden Besprechungen über die Lösung des Ruhrkonflikts einen Beschluß zu fassen. Am Dienstag finden dann die Beratungen mit den Vertretern der Landesregierungen im Reichsrat statt. Auf der in diesen Verhandlungen gewonnenen Grundlage wird das Kabinett am Ende der Woche vor den Reichstag treten.

Berlin, 24. September. Heute mittig 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der Ruhrrenten wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Regierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen: Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr, schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes zu sichern, erfolglos geblieben sind.

Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

An der an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechung stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes mit Ausnahme der Deutschnationalen geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung des Reiches ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unabweisliche Schluß gezogen werden müsse, sonst bestünde die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde.

Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr wurden es überlassen, die Bevölkerung des besetzten Gebietes zu geordneten Arbeitsverhältnissen

zurückzuführen. Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Einbruch zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde. Er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank aus für die Bereitwilligkeit, bei den nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag fand im Reichskanzlerhaus die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der Wirtschaftsklassen und Berufsstände des besetzten Gebietes mit den Mitgliedern des Reiches und des preußischen Kabinetts statt. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stilllegung des passiven Widerstandes Kenntnis. Hiergegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Die Vertreter der anwesenden Gruppen sprachen sich für eine einstufige Abgabe des Abbaues aus und äußerten ihre Wünsche dazu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Nach einer einstimmigen Entscheidung wurde die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondervergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse.

Zum Schluß betonte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung auch weiterhin an ihren Zielen: Aufklärung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr unter allen Umständen festhalten werde. Die Verhandlung endete mit einem starken Beifall für die Wiederaufnahme der Einheit des Reiches.

Berlin, 25. September. Die „B. Z.“ meldet: Der Kreis der Vertreter des besetzten Gebietes, der sich gestern mit Ausschluß des deutschnationalen Vertreters von der Reichsregierung für die Aufgabe des passiven Widerstandes ausgesprochen hatte, ist genau der gleiche, der gestern vom Kabinett Cuno berufen worden war und sich für den passiven Widerstand erklärte.

Der Reichskanzler und die Führer der Reichstagsfraktionen.

Berlin, 25. September. Heute nachmittag versammelten sich die Führer der Reichstagsfraktionen im Reichskanzlerhaus. Der Reichskanzler führte aus, welche innerpolitischen und finanziellen Beweggründe die Reichsregierung zu ihrer von den Vertretern der besetzten Gebiete gebilligten Auffassung gebracht haben, daß der passive Widerstand aufgegeben werden müsse. Der Kanzler hob dabei hervor, daß die schweren Opfer der Bevölkerung an Rhein und Ruhr nach neun Monaten nicht umsonst gebracht seien, daß aber die durch sie geschaffene Waffe sich gegen das deutsche Volk selbst zu wenden drohe. Aus den finanziellen Verhältnissen des Reiches müsse man die notwendigen Folgerungen ziehen und den passiven Widerstand beenden. Die Fraktionsführer schlossen sich dieser Auffassung des Kanzlers an mit Ausnahme des Führers der deutschnationalen Volkspartei, der den Widerstand durch schärfere Maßnahmen zu überwinden wünschte.

Antündigung einer Proklamation.

Berlin, 26. September. Nach der Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern trat gestern das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der es sich in der Hauptsache mit der Proklamation des Reichspräsidenten und der Reichsregierung beschäftigte, durch welche der Bevölkerung die Aufhebung der Verordnungen über den passiven Widerstand offiziell verkündet werden soll. Den Blättern zufolge soll diese Proklamation heute veröffentlicht werden.

Nach der „B. Z.“ soll auch eine Proklamation durch die Vertreter des besetzten Gebietes erfolgen, in der der Beschluß der Reichsregierung im Namen der Bevölkerung an Rhein und Ruhr gutgeheißen und die Wiederaufnahme der normalen Tätigkeit in den besetzten Gebieten empfohlen wird.

Die gemeinsame Besprechung mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder.

Berlin, 25. September. Heute vormittag hat eine gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskanzler über die Frage der Stilllegung des passiven Widerstandes stattgefunden. Nach einer Darlegung des Reichskanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen und vor allem aus finanziellen Gründen abgebrochen werden müsse. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es die Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen. Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzufassen, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder den festen Willen, die Einheit des Reiches als ein unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Die Aufnahme im Ruhrgebiet.

Berlin, 26. September. Laut „B. Z.“ wurde der Beschluß der Reichsregierung im Ruhrgebiet ohne Zögern der Erregung aufgenommen. Es sei eine gewisse Entspannung erfolgt nach der lähmenden Ungewißheit. Die Gewerkschaften würden Stellung nehmen, nachdem ihre an den Berliner Beratungen teilnehmenden Vertreter Bericht erstattet hätten. Nach Blättermeldungen fordern die Kommunisten im Ruhrgebiet durch Flugblätter zur Fortführung des passiven Widerstandes und zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf.

Nächste Reichstags-Sitzung Donnerstag

Berlin, 25. September. Die Plenarsitzung des Reichstages, die für morgen angesetzt war, ist auf Donnerstag nachmittag 3 Uhr verschoben worden. Der Reichskanzler wird sich am Mittwoch mit dem Reichspräsidenten besprechen, der nächste Reichstags-Sitzung soll für Mittwoch nachmittag 4 Uhr einberufen werden.

Die Berliner Presse zum Abbau des Widerstandes.

Berlin, 25. September. Die halbamtliche Mitteilung über die gestrige Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete über den Abbau des passiven Widerstandes wird von einem großen Teil der Presse ohne Kommentar wiedergegeben. Von deutschnationalen Blättern äußert sich nur die „Deutsche Tageszeitung“. Sie läßt ihr Urteil in die Worte zusammen: Die neue Regierung ist jetzt sechs Wochen am Ruder. Das bisherige Ergebnis ihrer Politik nach außen ist ein nicht mehr zu verschleiendes Fiasko, nach innen kaum besser. Ähnlich ein Mißgeschick. Das Blatt spricht allerdings nur von einer Zwischenbilanz. Es handelt sich nun immer noch darum, was im Endresultat gegenüber Frankreich erreicht wird.

Das „B. Z.“ rechtfertigt den Beschluß der Reichsregierung über den Abbau des passiven Widerstandes mit dem Hinweis auf die gewaltigen Mittel, die dieser Kampf verschlinge und die nicht länger mehr zur Verfügung stünden. Dabei hat die letzte Woche drei Millionen Papiermark gekostet, eine Zahl, die sich in rascher Progression von Tag zu Tag steigern würde. Wenn Deutschland jetzt den passiven Widerstand abbräche, so habe es zwar eine Schlacht verloren, der Kampf aber müsse weitergehen: der Kampf um die Wiedergewinnung deutschen Bodens, um die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und die Befreiung der deutschen Einheit. Diese deutsche Einheit nach innen und außen kraftvoll zu behaupten: das müsse die erste Aufgabe der kommenden Woche sein.

Die „B. Z.“ schreibt: Diese amtliche Erklärung bedeutet einen Abbruch und einen Anfang. Sie sagt ohne Umschweife, was ist, und zeigt den Mut zur Verantwortung, der leider in früheren kritischen Tagen des Reiches gefehlt hat. Das Kabinett Stresemann hat in der knapp bemessenen Zeit, die ihm noch geblieben ist, alles, um die abgegriffene Waffe des passiven Widerstandes so wirksam wie möglich zu gestalten. Das Ergebnis war negativ. Die französische Politik und ihre belgischen Bundesgenossen hätten Zugeständnisse vor Einstellung des Widerstandes ab. Alle wohlmeinenden Kreise des Auslandes haben unter diesen Umständen den Rat erteilt, entschlossen aus den Tatsachen die Konsequenz zu ziehen. Der Reichskanzler hat es in der gestrigen Besprechung getan.

Französische Pressestimmen.

Paris, 25. September. Das gestern abend in Berlin ausgegebene Komunique über die Verhandlungen mit den Vertretern der besetzten Gebiete

Amteslicher Frankfurter Kurs vom 25. September.

Dollar 109 725 000—110 275 000,
Frz. Frank 8 728 925—8 771 875.

Amteslicher Berliner Kurs vom 25. September.

Dollar 120 697 500—121 302 500,
Frz. Frank 7 660 800—7 699 200.

Der amtliche Mittelfkurs.

Berlin, 25. September. Amtlicher Mittelfkurs des Dollars 121 Millionen Mark.
Eine Goldmark = 28 809 523 Papiermark.

wird von den Morgenblättern veröffentlicht. Das Komunique ist aber so spät in Paris eingetroffen, daß nicht alle Morgenblätter es kommentieren.

Das „Echo de Paris“ schreibt, die Regierung Stresemann sei, obwohl sie die Verantwortung für die Kapitulation übernommen habe, die Regierung, mit der Frankreich über das neue Reparationsregime zu verhandeln hätte. Die Regierung, mit der Frankreich diese wichtige Frage zu behandeln haben würde, habe das Recht und die Macht, im Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen. Man werde Stresemann nach seinen Taten beurteilen. Das Blatt fährt dann fort, Stresemann werde offen von General Ludendorff und den deutschen Anhängern Hitlers bedroht. Werde man sie niederhalten können? Das sei eine erste Frage. Von der Antwort, die die Ereignisse erteilen würden, werde Frankreichs Verhaltenslinie abhängen, und welches aus der Bedingung sei, die die Entwürfe nehmen werde, Frankreich müsse zuerst auf der aufrichtigen Zurücknahme aller Ordnungen bestehen, die den passiven Widerstand organisiert hätten. Diese Ordnungen, die Tretre und Juchacz erreichen die Zahl von einigen Hunderten, wenn man richtig gerechnet habe. Diese Veränderung der Haltung der deutschen Regierung werde sich wahrscheinlich durch Unruhen zeigen, weil sie u. a. die vollständige Einstellung der Unterfertigung noch nicht gäbe. Frankreich müsse also wachsam bleiben, damit durch die Unruhen nicht eine neue und subtilere Offensive als die alte Offensive gegen es ergriffen werde. Am aus dem Ruin eine neue Ordnung herzustellen, sei es notwendig, daß die belandenden Mächte unverzüglich mit dem Deutschen Reich eine Art provisorische Regelung treffen oder wenn man wolle, einen Waffenstillstand, für dessen Abschluß die Vertreter in Coblenz und Düsseldorf die geeigneten Männer seien. So werde der Weg frei gemacht, für eine endgültigen Regelung führe.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Der „Peil Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei innerdeutsch. Es handle sich darum, zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidungen Unruhen hervorrufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unternehmen der Reichsregierung befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, bevor sie Maßnahmen getroffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit würde auch eine Ausrede unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Polanco und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten — so müßte man hoffen — zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

der amtliche Bestätigungen nicht mehr angebracht werden. Ich habe von 1912 vorzüglichen Erfahrungen mit letzterer von bedroht. Deshalb sei ein herabwürdigendes Schwammchen unterstellen. Wenn man nachfolgende Historie liest, die der „Fr. Jng.“ als höchstlich wahr erzählt wird:

1. Am 10. Mai erscheint in einem Lokalblatt, dem „Senftenberger Anzeiger“, eine Annonce: „Nachdem Hofband zu verkaufen: zu erlögen Buchdruckeri Ruhland.“ Die Sauerzuckerindustrie des Finanzamts Kalau schneidet diese Annonce aus und schickt sie aufgestellt dem Finanzamt Hoyerwerda, in dem Ruhland liegt, zur gefälligen weiteren Berücksichtigung gemäß § 40 Absatz 4 und 5 des Umsatzsteuergesetzes zu. Porto 100 Mark.

2. Das Finanzamt Hoyerwerda wendet sich an die Buchdruckeri Ruhland zur Erfassung des Auftraggebers, Witze Jann. Porto 100 Mark.

3. Die Buchdruckeri antwortet dem Finanzamt den Gefallen und nennt den Auftraggeber, H. Jann. Porto 100 Mark.

4. Das Finanzamt Hoyerwerda sendet dem Finanzamt Kalau die Feststellung zu „zur weiteren Berücksichtigung“, da der Auftraggeber im Bezirk Kalau wohnt, Anfang August. Porto 1000 Mark.

5. Das Finanzamt Kalau wendet sich an den Gemeindevorsteher des Dorfes, in dem der Verkäufer wohnt (es ist mein Wohnort), mit dem Ersuchen, festzustellen, ob, wann und an wem das Objekt verkauft ist und zu welchem Kaufpreis am September. Porto 75 000 Mark.

6. Jetzt muß der Gemeindevorsteher die Fragen dem Finanzamt Kalau zurückschicken, kostet 75 000 Mark.

7. Im Oktober 1923 erhält der Verkäufer vielleicht der Hauptsteuerbehörde, und da dann des Pächters wieder erhöht ist, beträgt es vielleicht 100 000 Mark.

Im ganzen hat dann also 651 310 Mark an Porto ausgegeben, ungerachtet der Verbrauch an Papier, Briefumschlägen, Federn und Tinte und vor allem — die Arbeitszeit der Beamten, die den Schriftwechsel leisteten. Und wofür? Nun, der Hund wurde für 60 000 Mark verkauft — das macht bei 2 Prozent Hundsteuer also 1200 Mark, geschrieben: sechshundert Mark.

Anspruchloske und anspruchloske Genüßigkeiten.

Nur alle diejenigen, die einen kleinen Genüßgarten für eigen meinen, ist es vom größten Vorteil, auf ihren Beeten eine pergeteete Fruchtfolge zu führen. Das Hart und frisch gebungte Beet gehören düngungsbedürftige Pflanzen. Solche sind: Tomaten, Gurken, Karben, Sellerie, Lauch, Salate und Spinat. Eine ganze Reihe von Gemüsen gedeihen ohne frische Düngung besser. Dazu gehören sämtliche Wurzelgemüse, Schwarzwurzeln, Möhren (gelbe Rüben), Petersilie und Knobis. Auch die Schotenengewächse, Bohnen, Erbsen, Kaffbohnen, sowie Zuckerschoten, Kohlrabi und Kohlrabi sind anspruchloske Gemüsepflanzen. Sämtliche Kohlgerichte brauchen viel Düngung, sind aber empfindlich gegen stickigen Dünger und lieben mehr den künstlichen Dünger. Unter allen Umständen muß ein steter Fruchtwechsel eingehalten werden, da sonst leicht Pflanzenschäden entstehen.

Ein Gruben-Unglück in Polen.

Katamitz, 24. September. Auf der einer polnisch-russischen Gesellschaft gehörenden Grube in Dombrowa-Gorna (Kreis Bendzin) brach am Donnerstag abend in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, der noch weiter wüthet. Der Katastrophe fielen bisher 26 Bergleute zum Opfer. Man rechnet, da noch eine größere Anzahl vernichtet werden, mit etwa 40 Toten. Die Rettungsaktion konnte infolge Mangels an Hilfsmaterial erst am Freitag in Marsch genommen werden. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß seitens der Bergleute eine mit Schlagwetter angefüllte Kammer angefahren wurde.

Erlebnisse eines Zeitgenossen.

Theophrastus Ainterlich, der Wochenplauderer der „Königsberger Zeitung“, bringt in seinem Blatte folgende ergötzliche Blesereien:

„Die Frau ist die anhänglichste Jach, d. h. sie wird immer von neuem hinten angehängt, um zu sehen, daß unsere ganze Wirtschaftspolitik auf dem Punktum angelangt ist. Die Folge davon ist, daß mein Dolles immer mehr zusammen und ich selbst immer mehr abachme, und daß ich mir eines nach dem anderen von den Dingen abgewöhnen muß, die ich früher für unentbehrlich hielt. Das schlimmste aber, daß ich nicht nur meine körperliche Nahrung, sondern auch meine geistige Nahrung einsparen muß, und wenn ich nicht zufällig selber Bücher schreiben würde, müßte ich überhaupt nicht, daß es so etwas gibt.“

„Als neulich Klingerle es wieder einmal bei mir, daß Klingerle, denn meine Hauswirthin war nicht Klingerle, sie ist vor drei Tagen zum Vier-Achsen eingegangen und noch nicht wieder heimgekehrt. Ich dachte, es ist vielleicht nur drinnen, der mir Selbstmitleiden will, weil er mich mit irgend einem verwechselt —, aber nein, es war die Zeitungsleserin, und sie wollte eine Botschaft. Sie stellte sich mir vor als diejenige Frau unseres Jahrhunderts, die an einem einzigen Tage die meisten unermesslichen Gröbheiten zu hören gestimmt hat. So alle nämlich Leute, die lassen ihre Mut immer an dem nächsten aus; wenn das Essen im Wirthshaus zu kurz erscheint, machen sie der Kelllerin oder dem Geschäftsführer einen Krah, wenn sie von der Kassiererin abgesehen bloß und dunkelste werden, schimpfen sie den barmherten Kassamann an und blau, und wenn ihnen die ganze Lebenshaltung zu teuer vorkommt, luden sie der Zeitungsleserin eins nach dem anderen dem Verlag seine Briefe, die sie tagelange an ganz andere Absichten zu richten hätten. Also ich zähle nicht zu diesen kurzbedenkenden Zeitgenossen, die dem Herrn A. die Fensterhaken einschlagen, wenn sie dem Herrn B. den Standpunkt Normanden wollen, und behaupten sogar, daß der Zeitungsleserin höflich, aber entbehrlich: „Entschuldige, vieldeutiges Weib, denn siehe, ich kann die Zeitung nicht mehr ertragen!“

Am ersten Tag habe ich mich auch ganz wohl gefühlt: Ich war ruhig froh, daß ich nicht wußte, welche Qualitäten wieder der berühmte Springhans Döllor gemacht hatte. Am zweiten aber schon

Neueste Nachrichten.

Eine Aufforderung des Reichsjustizministers an den Oberreichsanwalt.

Berlin, 26. September. Nach einer kgl.-demokratischen Korrespondenz hat der Reichsjustizminister den Oberreichsanwalt aufgefordert, sich mit der „Itrenge oertraulich“ Information des bairischen Verichtsbeamtenvereins, in der die Beamten aufgefordert werden, sich entgegen den Anordnungen der Reichsregierung den Verichten einer eventuellen neuen bairischen Regierung zu unterwerfen, inwiefern sie beschlügen und eventuell ein Verbrechen wegen Hochverrats gegen den Verbandsvorstand einzuflecken.

Ein Bergwerks-Unglück in England.

London, 26. September. In einem Bergwerk bei Hallist in der Nähe von Glasgow sind gestern morgen infolge Wasserintrahs etwa 40 Bergleute ums Leben gekommen. Bisher sind 20 Tote geborgen. Das Unglück ist das größte, das sich seit 1913 in England ereignet hat.

Frankfurter Dreizehnter vom 25. September 1923.

	24. September	25. September
	Geld	Brief
Belgien	0675750	9724250
Holland	74812500	75187500
London	922087500	927312500
Paris	11970000	12020000
Edinburgh	34663125	34836875
Spanien	25436250	25663750
Italien	8478750	8521250
Dänemark	33915000	34085000
Norwegen	28428750	28571250
Schweden	40875000	50125000
New York	192517500	193482500
Wien neu	2543	2556
Wien alt	5286750	5313250
Frankfurt	39401252	3750875

Die Landabgabe.

Berlin. Der Umlagebetrag für die Abgabe der landwirtschaftlichen forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt vom 26. September bis 23. September einschließlich 34 800 000 für je eine Goldmark.

Wirobaderer Viehmart vom 24. September.

Verkauften waren 7 Ochsen, 7 Bullen, 22 Kühe und Färsen, 51 Kälber, 32 Schafe und 15 Schweine. Markterlöse: Schleppendes Geflügel, langsam auferstehend; Schweine und Schafe wegen geringer Nachfrage nicht notiert. Im Verkauf wurde, alles 1 Pfund Lebendgewicht nach Millionen berechnet, notiert: 1. Rinder: a) Ochsen 1. im Alter von 4—7 Jahren 30—35, die nach nicht gezogen haben (ungezogen) 32—35, b) junge, Heische, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 28—30, c) möglich genährte junge, gut genährte ältere 50—28. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtmertes 28—30, b) vollfleischige jüngere 25—27, c) mögliche genährte junge und gut genährte ältere 22—24, Färsen und Kühe: a) vollfleischige ausgewachsene Färsen höchsten Schlachtmertes 30—35, b) vollfleischige ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtmertes bis zu 7 Jahren 4—32, c) 1. wenig gut entwickelte Färsen 28—30, 2. ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte junge Kühe 25—27, d) möglich genährte Kühe und Färsen 22—24, e) gering genährte Kühe und Färsen 16—20. Kälber, gering genährte Jungochsen (Fräher): a) leichte Rostfälsen 28—30, b) mittlere Mast- und Saugfälsen 26—27, c) geringere Rostfälsen und gute Saugfälsen 22—24, d) geringere Saugfälsen 18—21.

Frankfurter Getreidebörsen.

Va der Frankfurter Getreidebörsen wurden am 26. September befristeter Tendenz notiert: Weizen 600—625, Roggen 500—525, Sommergerste 580 bis 625, Hafer im. 450—550, Weizenmehl 1100 bis 1200, Roggenmehl 700—750, Weizen 250—270, Hafer 110—120 und Erbsen 75—80, Alles in Millionen Mark für die 100 Kilogramm.

Neueste Nachrichten

Eine Aufforderung des Reichsjustizministers an den Oberreichsanwalt.

Berlin, 26. September. Nach einer folgendemtrastischen Korrespondenz hat der Reichsjustizminister den Oberreichsanwalt aufgefordert, sich mit der „streng oertsaftischen“ Information des bairischen Herrschaftsbeamtenvereins, in der die Beamten aufgefordert werden, sich entgegen den Anordnungen der Reichsregierung den Befehlen einer eventuellen neuen bairischen Regierung zu unterwerfen, schnellstens zu brischaftigen und eventuell ein Verbot, wegen Hochverrats gegen den Verbandsortstand einzustellen.

Ein Bergwerks-Lied in England.

London, 26. September. In einem Bergwerk bei Falkirk in der Nähe von Glasgow sind gestern morgen infolge Wassereintrags etwa 40 Bergleute ums Leben gekommen. Bisher sind 20 Lebe geborgen. Das Unglück ist das größte, das sich seit 1913 in England ereignet hat.

Die Vorläufer des Streichholzes

Wenn sich heute jemand auf der Straße eine Zigarre oder eine Zigarette anzündet, so kann er gewiß sein, daß sofort eine Anzahl anderer Straßenpassanten bei ihm eine Steuererleichterung macht. Die Entzündung von Feuer mit Hilfe des Streichholzes ist allmählich auch eine sehr toisigpette Sache geworden, und wenn nach einem Rechterempelp gelüftet, der mag einmal ausrechnen, mit welchem Papierchein er einen Föbibus herstellen kann, der billiger ist, als der Gebrauch eines einzelnen Streichholzes. Auch auf diesem Gebiete nimmt die Kulturentwicklung unbefreitbar eine rickstufliche Bewegung ein. Die Feuerbereiten wird wieder eine Sache, die überlegt sein will und hört auf die Selbstverständlichkeit zu sein, mit der man früher ein Dutzend Streichhölzer hintereinander verbrauchte.

Die Bereitung von Feuer war im Anfang der Kulturentwicklung eine recht mühsame Arbeit. Das älteste bekannte Verfahren der Funkenherzeugung beruht auf der erfahrungsgemäß erkannten Tatsache, daß Reibung Wärme erzeugt. Wird z. B. ein Holzstab durch quirlartiges Drehen in der mit feinem Sand ausgefüllten Höhlung einer Holzplatte gerieben, so entsteht dadurch an der Reibungsfläche Erhitzung, die das Holz allmählich in Brand setzt. Diese Art war ursprünglich durchaus primitiv. Später als man sie technisch etwas vervollkommenet, und zwar zunächst dadurch, daß man den Bohrstab mit einer Schnur umwickelte, die man an zwei Enden fassen und zur raschen Umdrehung des Stabes benutzen konnte. Man hat dann die Schnur als Sehnähe an einen Bogen gespannt, wodurch es möglich wurde, daß ein einzelner Mensch diesen Feuerherzeugungsapparat bediente. Er handhabte mit der einen Hand den Bogen und hielt mit der anderen Hand den Drehstab und mit dem Knie die Holzplatte fest. Dieses Verfahren war in der Urzeit der Menschheit so gut wie überall verbreitet. Wie durch Funde nachgewiesen ist, haben sowohl unsere arischen Vorfahren auf diesem Wege Feuer erzeugt, wie auch die Urvölkerung von Afrika und Amerika.

Ein ähnliches Erzeugungsverfahren war der Feuerpfing, der durch schabende Bewegung nach derselben Methode in sehr kurzer Zeit Feuer erzeugte und der zum Teil heute noch auf Samoa in Gebrauch ist. Eine andere Art dieser Methode ist die Feuerfuge, die sich heute noch in Indien und Australien vorfindet. Erst im 14. Jahrhundert kam eine etwas technisch vollkommene Feuerbereitung in Aufnahme. Man begann damals, dem Stahl durch heftige Reibung von Stahl und Stein Funken zu entlocken, durch die man leicht entzündliche Stoffe (Zunder) in Brand setzte. Der Zunder brennt indessen

Neues Geld.

(Berliner Brief.)

Wer eine Lederfalte besitzt — wie sie im Anfang der Papiergeld-Ära viel geäußt wurde — und dort: seine kümmerlichen Schätze fein überblüht in einzelnen Kategorien unterbringt, der hat zweifellos in den letzten Tagen eine Umgruppierung vorgenommen müssen. Die erste ihrer Art wird sie nicht gewesen sein. Denn oft genug schon hat sich im Laufe unserer papiernen Weltentwicklung die Notwendigkeit ergeben, den Geldschein, der bisher im „Portefeuille“ den Ehrenplatz in der Sonderklasse inne hatte, das Herabzugesinken. Auf diese Weise sind zuerst die Tausender, dann die Zweihundert-, dann die Hundzigtausender usw. allmählich nach unten abgewandert, um einer neuen höheren Einheit den Ehrenplatz einzuräumen. Und was eine Zeitlang schwindelhaft schien, das wurde dann allmählich Wirklichkeit und man hatte den Hunderttausender mit derselben Selbstverständlichkeit aus der Lederfalte hervor, mit der man früher aus derselben Aufbewahrungsstelle denselben Tausender geholt hatte.

In den unteren Etagen wurde es während dieser dauernden Umgruppierungen immer enger und immer bevölkelter. Dort drängten sich noch die Fünfziger und Hundeter mit den Hundthundersten und Tausendern zusammen, während schon längst der Hunderttausender zur Scheideminne geworden war. Es soll vorgekommen sein, daß mancher aus

Ein Gruben-Unglück in Polen.

Kalamais, 24. September. Auf der einer französisch-russischen Gesellschaft gehörenden Grube waren in Dumbrows-Gorna (Arles Bendijn) bräun am Donnerstag abend in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, der noch weiter mündet. Der Kalamaisprose fischen über 28 Bergleute zum Opfer. Man rechnet, daß nach eine größere Anzahl vernichtet werden, mit etwa 40 Toten. Die Rettungsaktion konnte infolge Mangels an Hilfsmaterial erst am Freitag in Angriff genommen werden. Die Ursache des Unglücks ist darin zu finden, daß seitens der Bergleute eine mit Schlagwetter angefüllte Kammer angefahren wurde.

Erlebnisse eines Zeitgenossen.

Theophrastus Rinterlin, der Wochenplauderer der „Minerger Zeitung“, bringt in seinem Blatte folgende ergötzliche Blauderei:

„Die Kall ist die anhänglichste Zaub. d. h. sie wird immer von neuem hinten angehängt, zum Zeichen, daß unsere ganze Wirtschaftspolitik auf dem Kallpunkt angelangt ist. Die Folge davon ist, daß mein Dalkes immer mehr zunimmt und ich lebst immer mehr abnehme, und daß ich mir einzeln von dem andern von den Dingen abgewöhnen muß. Ich früher für unentbehrlich hielt. Das Schlimmste aber, daß ich nicht nur meine körperliche Nahrung, sondern auch meine geistige Nahrung einchränken muß, und wenn ich nicht vollständig selber Hunger schreiben würde, wüßte ich überhaupt nicht, daß es so etwas auch gibt.“

Also nochmal klingelte es wieder einmal bei mir. Die Effacte selbst, denn meine Hauswirthin war nicht vorräthig; sie ist vor drei Tagen zum Eier-Ansehen gegangen und noch nicht wieder dringefehrt. Ich dachte, es ist vielleicht noch draußen, der mir Weib bringen will, weil er mich mit irgend wem verwechselt —, aber nein, es war die Zeitungsgesellschaft u., und sie wollte eine Nachzahlung. Sie stellten mir vor als diejenige Frau unter uns, welche bisher, die an einem einzigen Tage die meisten uninteressanten Grobheiten zu hören Gefragt hat. Es gibt nämlich Leute, die lassen ihre Büt immer an dem Fußchen aus; wenn das Ellen im Wirthshaus ihnen zu kurz erscheint, machen sie der Kellnerin oder dem Geschäftsführer einen Braud, wenn sie von der Kasserechnung abweichend blieb und dunkelst werden, schimpfen sie den harmlosen Kassmann brutal und blau, und wenn ihnen die ganze Lebenshaltung zu teuer vorkommt, finden sie der Zeitungsgesellschaft etwas vor oder schreiben dem Verlag eine Briefe, die sie logischerweise an ganz andere Institutionen zu richten hätten. Also ich sollte nicht zu diesen kurzbedenkenden Zeitgenossen, die dem Herrn H. die Fensterheiden einschlagen, wenn sie dem Herrn H. den Standpunkt markdanken wollen, und überhaupt sage ich der Zeitungsgesellschaft höflich, aber entlichend: „Entschuldige, vielbedes Weib, denn siehe, ich kann die Zeitung nicht mehr erschwingen!“

Am ersten Tag habe ich mich auch ganz wohl gefühlt; ich war richtig froh, daß ich nicht wußte, welche Evolutionen wieder der berühmte Springkasson Dalkes gemacht hatte. Am zweiten aber schon

